



Seit 1994 für Europa im Einsatz: Der SPD-Abgeordnete Bernd Lange.

FOTOS: TIM SCHAARSMIDT

„Verunsicherungen sind ein Nährboden für Rechtspopulismus“

Seit Jahrzehnten prägt Bernd Lange die Politik in Europa. Im Interview spricht der SPD-Politiker darüber, warum ihn die Arbeit als Abgeordneter noch immer begeistert, über die Debatte zum Verbrenner-Aus und was ihm Sorgen bereitet.

Herr Lange, Sie sitzen seit 1994 mit der Unterbrechung von einer Legislaturperiode im Europaparlament und treten nun wieder an. Was reizt Sie immer noch an dem Abgeordnetenjob?

Da ist das Projekt der Versöhnung in Europa. Ich erinnere mich noch, wie ich damals im Schüleraustausch in Frankreich war und als Deutscher in einem Laden nicht bedient wurde. Es ist beeindruckend, was wir seitdem überwunden haben. An diesem gemeinsamen Europa will ich weiterarbeiten. Zweitens ist es sehr spannend, sich mit den Kolleginnen und Kollegen aus den anderen Ländern auseinanderzusetzen und dann gemeinsam die besten Lösungen für die Menschen in Europa zu finden. Und drittens lerne ich einfach gerne neue Leute kennen. Gerade im Bereich Handelspolitik bin

ich oft unterwegs und begegne vielen Menschen und unterschiedlichen Lebensweisen.

Und welche Probleme wollen Sie noch lösen?

Die Fragen der sozialen Sicherheit beschäftigen mich: Mindestlohn und Tarifbindung müssen wir weiter nach vorne bringen. Zudem ist da die Frage der industriellen Wettbewerbsfähigkeit in einer globalen Umwelt. Und wir müssen unsere Außenwirtschaft absichern. In Niedersachsen haben wir im verarbeitenden Gewerbe eine Exportquote von 45 Prozent. Daher brauchen wir faire Partnerschaften mit anderen Ländern, aber auch Instrumente, um unfairen Praktiken zu begegnen. Wir diskutieren etwa gerade Antisubventions- und Antidumping-Maßnahmen.

Wenn es um industrielle Arbeitsplätze in Niedersachsen geht, dann ist der Weg zur Automobilindustrie nicht weit. Die CDU stellt im Wahlkampf das vom Europaparlament beschlossene EU-Verbrennerverbot ab 2035 wieder infrage. Wie stehen Sie dazu? Diese Ankündigung verunsichert Menschen, die in der Automobilindustrie arbeiten, und Investoren. So kann keine stabile Entwicklung gelingen. Im Moment bieten Elektroautos die mit Abstand beste Energieeffizienz. Aber ich bin immer offen zu fragen, welche Perspektiven es angesichts technologischer Entwicklungen gibt. Deswegen gibt es im Gesetz eine Revisionsklausel für 2026. Dann können wir gucken, wo noch nachgeschärft werden kann.

Gleichzeitig haben wir einen Rechtsruck in Deutschland und auch in Europa. Letzten Umfragen zufolge könnte die AfD 15 Prozent der Stimmen erhalten. Wie bewerten Sie das? Ein Fußballspiel dauert 90 Minuten, und so halte ich es bei der Wahl auch. Wir gucken mal, wie viel die AfD denn wirklich bekommt. Angesichts der Äußerungen von Maximilian Krah zu den Verbrechen der SS, dem Bruch mit den Rechtspopulisten aus Frankreich und den Enthüllungen über die Verbindungen zum russischen und chinesischen Geheimdienst kann ich mir vorstellen, dass die Umfragen nicht das Endergebnis widerspiegeln. Aber ich gebe Ihnen recht: Es gibt viele Verunsicherungen in den Ländern der



In vielen Bereichen haben die Rechtspopulisten es geschafft, sich mit scheinbar einfachen Antworten als Alternative zu dem bisherigen System darzustellen. Das zu widerlegen braucht Zeit.

Bernd Lange (SPD),
langjähriger Europaabgeordneter

EU, und das ist ein Nährboden für Rechtspopulismus. Da muss die Europäische Union mehr Sicherheit bieten.

Es gibt nicht nur Verunsicherung, sondern auch große Wut. Wir haben das bei den Bauernprotesten gesehen. Davon profitiert die AfD, aber ebenso die Bauernpartei und wohl auch das Bündnis Sahra Wagenknecht. Macht Ihnen das Sorgen? Ja klar, das macht mir Sorgen. Und oft ist es schwierig, mit den Menschen zu diskutieren. In vielen Bereichen haben die Rechtspopulisten es geschafft, sich mit scheinbar ein-

fachen Antworten als Alternative zu dem bisherigen System darzustellen. Das zu widerlegen braucht Zeit – das merke ich auch in den Gesprächen an den Haustüren.

Und was entgegnen Sie dann Landwirten, die auf die EU schimpfen? Fast alle Gesetze zur Landwirtschaft werden inzwischen in der EU gemacht. Und da gab es einige Vorschläge, die den Bogen überspannt haben. Etwa das mögliche Verbot von Pflanzenschutzmitteln, das dem niedersächsischen Weg widersprochen hätte. Es ist nach wie vor richtig und gut, dass alle Beteiligten – Landesregierung, Bauernverbände und Bund – sich an einen Tisch setzen, um Wirtschaftlichkeit mit Nachhaltigkeit zu verbinden. Solche Ansätze darf man nicht durch Gesetzgebung infrage stellen. Aber das fundamentale Problem in der Landwirtschaftspolitik ist für mich, dass der Primärproduzent in der

Wertschöpfungskette keinen fairen Anteil bekommt. Und deswegen werden wir die Handelspraktiken revidieren, um hier mehr Gerechtigkeit zu bekommen.

Sie sind Vorsitzender des wichtigen EU-Handelsausschusses und außerdem Vorsitzender der Konferenz der Ausschussvorsitzenden. Trotzdem gelten sie als einer der wohl unbekanntesten Spitzenpolitiker Niedersachsens. Wie erklären sie sich das? Ein Journalist hat mal in einem Interview festgestellt, dass ich nicht so der bullrige Typ bin. Ich bin Friese – ruhig und gelassen. Und ich versuche, durch eigenes Wirken zu überzeugen. Das führt vielleicht dazu, in der medialen Wirklichkeit nicht so im Vordergrund zu stehen. Dafür gibt es mir in meinen Funktionen im Parlament die Möglichkeit, im Hintergrund die Räder zu drehen. Insofern beschwere ich mich nicht.

Interview: Elisabeth Woldt



„Ich bin Friese – ruhig und gelassen“: Bernd Lange (SPD) über sich selbst.

Zur Person

Der SPD-Abgeordnete Bernd Lange ist seit 1994 (mit einer Legislaturperiode Unterbrechung) Mitglied des EU-Parlaments. Seit 2014 ist er der Vorsitzende des Handelsausschusses und seit 2022 Vorsitzender der Ausschussvorsitzenden des Europäischen Parlaments. Damit ist der 68-Jährige einer der wichtigsten Politiker der EU. Geboren wurde Bernd Lange in Oldenburg. Er studierte in Göttingen evangelische Theologie und Politikwissenschaft

und war danach im Schuldienst am Gymnasium Burgdorf tätig. Lange hat zwei Kinder und lebt in der Region Hannover. In seiner Freizeit fährt der Oldtimer-Fan gerne Motorrad oder bastelt an seinem 1968er-Hanomag.

Erdgasförderung vor Borkum erneut gestoppt

Niederländisches Gericht verhängt auf Antrag der Deutschen Umwelthilfe Baustopp für Förderplattform. Das reicht der Umwelthilfe aber nicht.

Von Karl Doeleke

Hannover. Das juristische Gezerre um den Bau einer Erdgasbohrplattform vor Borkum ist um ein Kapitel reicher. Das höchste Gericht der Niederlande hat auf Antrag der Deutschen Umwelthilfe (DUH) einen weiteren vorläufigen Baustopp für die Plattform rund 20 Kilometer nordwestlich der Nordseeinsel verhängt.

Bis zur mündlichen Verhandlung beim Hoge Raad in Den Haag ruht damit das Vorhaben des niederländischen Energiekonzerns One-Dyas. Das Vorhaben ist umstritten. One-Dyas will von der Plattform in niederländischen Hoheitsgewässern aus Erdgas fördern. Die Vorkommen liegen am Rand des Welt-

naturerbes Wattenmeer und zur Hälfte auf deutschem Hoheitsgebiet, weshalb das niedersächsische Bergbauamt die Förderung noch genehmigen muss. Die Stadt Borkum und Umweltschützer bekämpfen die Pläne. Greenpeace hat im vergangenen Jahr besonders geschützte Steinriffe in der Nähe der geplanten Bohrplattform bekannt gemacht.

Vor Kurzem hatten DUH, die Stadt Borkum und weitere Kläger bereits einen juristischen Teilerfolg erzielt. Ein Gericht in Den Haag hatte die Genehmigung des niederländischen Wirtschaftsministeriums für

den Bau der Bohrplattform in Teilen für rechtswidrig erklärt. Daraufhin hatte in der vergangenen Woche das niederländische Wirtschaftsministerium eine neue Baugenehmigung erteilt – aus Sicht der DUH ein Schritt, um das Urteil zu umgehen, weshalb sie den Hoge Raad anrief.

DUH-Bundesgeschäftsführer Sascha Müller-Kraenner wertete die Eilentscheidung des höchsten niederländischen Gerichts als Erfolg. Damit sei die drohende Gasbohrung vor Borkum in letzter Sekunde gestoppt worden. „Dies ist ein großer Tag für Klima- und Meeresschutz: Erst heute hat One-Dyas im Morgengrauen eine riesige Gasplattform direkt vor Borkum und

dem Weltnaturerbe Wattenmeer schleppen lassen.“ Der Hoge Raad habe „das einzig Richtige getan und den juristischen Spielchen des fossilen Konzerns ein Ende gesetzt“.

Müller-Kraenner forderte Niedersachsens Wirtschaftsminister Olaf Lies (SPD) und Umweltminister Christian Meyer (Grüne) auf, die Gasförderung zu verhindern. Sie sollten ihre Behörden anweisen, den Förderantrag zurückzuweisen beziehungsweise eine bereits erteilte Genehmigung für ein Seekabel zur Stromversorgung der Plattform zurückzunehmen. Lies weigert sich: Die ihm unterstellte Bergbaubehörde entscheide unabhängig und allein nach rechtlichen Vorgaben.



Bleibt an Land: One-Dyas darf seine Förderplattform vor Borkum vorerst nicht errichten.

FOTO: ONE-DYAS B.V.